

Der Welthandel muss gerechter werden

HANDELSKAMMER Asselborn fordert „Export“ europäischer Sozial- und Umweltstandards

Stefan Osorio-König

Der freie Handel ist eine wichtige Säule des Wirtschaftswachstums von Luxemburg und Europa. Doch Arbeitnehmer- und Menschenrechte dürfen dabei nicht unter die Räder kommen.

Luxemburg ist eine der offensten Volkswirtschaften der Welt und die offenste in der EU. Und das Großherzogtum profitiert von dieser Offenheit. Kein anderes Land der EU exportiert gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) so viel wie Luxemburg.

„Die protektionistischen Tendenzen sind gefährlich, genauso wie der Zulauf zu extremistischen Parteien“, so der Direktor der „Chambre de commerce“, Carlo Thelen, gestern während einer Veranstaltung mit EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström auf Kirchberg.

Auch Außenminister Jean Asselborn stimmte dem zu. „Die Demokratie ist kein Domino-Spiel. Wir müssen die Plage der Rechtspopulisten, wie der AfD in Deutschland, bekämpfen“, so Asselborn. „Mit ihr ist die Nazi-Ideologie in den Bundestag eingezogen. Wir müssen alles tun, um dieses braune Gedankengut zu stoppen.“

Die Offenheit der Luxemburger Wirtschaft sei gut für das Land. Allerdings dürfe es auch keinen Freihandel zu jedem Preis geben, so der Außenminister.

„Das Luxemburger Modell hat ein Umfeld geschaffen, in dem die Unternehmen gedeihen können“, so Asselborn weiter.



Foto: François Aussems

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström sprach sich gestern in Luxemburg klar gegen protektionistische Tendenzen aus

Allerdings forderte der Minister von der EU-Kommission auch weitere Anstrengungen, die „europäischen Sozial- und Umweltstandards zu exportieren“. Die EU-Bürger hätten zu oft die Globalisierung als einen Wettlauf hin zu den niedrigsten Standards im Bereich Arbeitnehmerrechte und Ökologie empfunden.

„Ich hätte gerne einen europäischen Sanktionsmechanismus für Partnerländer, welche die Ziele der nachhaltigen Entwicklung nicht respektieren“, so Asselborn.

Die Länder der EU treiben aktuell Handel mit vielen Ländern, in denen Demokratie und Arbeitnehmerrechte Fremdwörter sind. Die Missachtung von sozialen Mindeststandards wie jene der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind dort an der Tagesordnung.

Dabei könnte die Europäische Union eine Hebelwirkung haben.

Sie könnte ihr wirtschaftliches Gewicht nutzen und klarstellen, dass nur noch Länder Zugang zum europäischen Markt haben werden, in denen soziale Mindeststandards und grundlegende Arbeitnehmerrechte garantiert sind.

Flourierender Handel mit Diktatoren

Doch dabei zeigt sich die EU noch zögerlich, auch wenn erste Anzeichen in diese Richtung zu erkennen sind. So bekommen Länder Handelserleichterungen mit der EU, wenn sie bestimmte internationale Abkommen über Umweltstandards, Arbeitnehmer- und Menschenrechte unterzeichnen.

Allerdings seien diese Forderungen nicht immer leicht umzusetzen, erklärt EU-Handelskom-

missarin Cecilia Malmström. „In vielen der Länder, von denen wir hier reden, fehlt es an demokratischen Strukturen“, so Malmström. Dennoch müsse der Handel auf europäischen Werten beruhen, „vor allem hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit und des Datenschutzes. Wir wollen aber auch unsere Werte wie Umweltschutz und soziale Mindeststandards exportieren“, so Malmström weiter. „Der Handel ist wichtig, denn jeder siebte Arbeitsplatz in der EU hängt von Export ab, in Luxemburg ist es sogar jeder Dritte.“

Ein freier Welthandel ist aber nur dann gerecht, wenn alle davon profitieren. Und das setzt voraus, dass Sozialnormen und Arbeitnehmerrechte weltweit nach oben angepasst werden. Denn dann hätten auch die unsäglichen Drohungen des Patronats mit Verlagerungen von Produktionsstätten ins Ausland ein Ende.



Mit der AfD ist die Nazi-Ideologie in den Bundestag eingezogen. Wir müssen dieses braune Gedankengut bekämpfen.

Jean Asselborn,
Außenminister

Wachstum des Welthandels

(WTO erhöht Schätzung für 2017)

